

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

24 (29.1.1918)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 1.10 M., 14. jährl. 8.80 M. Ingeheftet durch unsere Träger 1.20 bezw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bezw. 3.72 M.; durch die Postschalt. 1.26 bezw. 3.60 M., vorauszahlbar. Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftszeit: 7 1/2-11 u. 2-3/4 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größ. Aufträge nadm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Schluß der Friedenszieldebatte im Hauptausschuß.

(Schluß des gestrigen Verichts.)

Abg. Gaebe (Unabh. Soz.): Daß Trostly den Frieden will, ist zweifellos. Aber die Volksherrschaft können kein Aufschub preisgeben. Die Stimmung ist nach dem 27. Dezember um, weil der amerikanische Charakter der deutschen Politik klar wurde. Trostly befragt sich über unzureichende Berücksichtigung aus den Verhandlungen in Bezug auf das deutsche Volk. Der Verdacht, Hintergedanken gehabt zu haben, besteht gegen die deutsche Regierung. Militärische Gründe sprechen nicht gegen die Räumung; auch die Sicherung gegen Gewalttätigkeiten ist nur ein Vorwand. Auch die besetzten Gebiete müssen das allgemeine gleiche Wahlrecht haben wie das übrige Ausland, sonst wird das Selbstbestimmungsrecht zum bloßen Schein. Solange die Truppen im Lande sind, gibt es keinen freien Volkswillen. Nur das Referendum läßt die Selbstbestimmung zum Ausdruck kommen. Da alle drei Reichsfürsorge, wie wir hören, einig waren, ist eine Entscheidung von Wert, die unter dem Kanzler Michaelis an Oesterreich-Ungarn ergangen ist. (Der Redner verliest die auf den Osten bezügliche Stelle aus dieser angelegten Denkschrift.) Die Uebereinstimmung zwischen jüdischen und militärischer Leitung ist nach wie vor dunkel. Eine offene Annerkennungspolitik ist mir lieber, als eine Politik hinter dem Rücken. Ob die freie Entscheidung der Mandatvölker zu einer Annäherung an Deutschland führen wird, ist mir zweifelhaft, von den Letzten glaube ich es auf keinen Fall. Welches sind die Pläne in Westeuropa? Was der Reichskanzler unter gewaltsamer Annullierung versteht, die er ablehnt, wissen wir nicht. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist selbstverständlich. Soll die Militärpartei den Kurs der Politik bestimmen? Soll ein allgemeiner Friede angedacht werden? Graf Czernin hat den ersten Schritt getan. Da können wir nicht ein neues fürchtbares Blutvergießen wollen. Die bedrohenden Differenzen lassen sich ausgleichen. Die Erneuerung Lothringens war keine Deklamation, das gleiche gilt für das Elsaß. In der Nationalversammlung von 1871 haben alle Deputierten aus Elsaß-Lothringen gegen die Abtretung gestimmt. Später gab es die Protestler. Diese Stimmung hat sich geändert. Aber Elsaß-Lothringen verlangt eine Autonomie im Rahmen des Deutschen Reiches. Der Krieg darf um dieses Gebietes wegen nicht verlängert werden. Die Bewohner sollen abstimmen dürfen, darauf kann man sich doch einigen. Die Abstimmung wird für uns günstig ausfallen. Warum soll Armenien nicht autonom werden? Das von Raumann erwähnte Flugblatt war ihm früher bekannt als uns. Die Russen glauben nicht mehr an den Verteidigungskrieg. Die Rabungsmittelversorgung wird erst mit dem Abbruch des Krieges besser werden. Wenn Generale mit dem Streit drohen, so darf man dasfelbe den Arbeitern nicht verübeln.

tiefen Eindruck gemacht. Es ist ein Bekenntnis des deutschen Arbeiters Karl Bröger an das Vaterland, das mit den Worten schließt: „Herrlich zeigt es in der größten Gefahr, daß sein ärmster Sohn auch sein treuester war.“ Nun, meine Herren, alle Stände, arm und reich haben geteilt in der Treue zum Vaterland. Daß auch die deutsche Arbeiterschaft in dieser vorbildlichen Treue ausartet, das ist und bleibt mein fester zurechtstichtiger Glaube.

Abg. v. Graefe (kons.): Die Ausführungen des Staatssekretärs v. Kühlmann über Bismarcks Stellung zum Selbstbestimmungsrecht könnten zur Legendenbildung Veranlassung geben. Der Redner schildert die Vorgänge von 1866 und die Auffassung Bismarcks. Auch wegen der politischen Erwägungen darf man sich nicht auf Bismarck berufen, trotz seiner bekannten Aeußerungen. Denn heute ist die Situation ganz anders und ebenso die Situation. Man darf uns keinen Eroberungskrieg unterstellen. Den wollen wir nicht, sondern es ist unsere besondere Auffassung von dem, was für unsere Verteidigung und Sicherheit erforderlich ist. Zwischen den erwählten Flugblättern und den unabhängigen Sozialdemokraten besteht eine auffallende Seelenverwandtschaft.

Abg. Dr. Nimm (Deutsche Fraktion) begrüßt die Erklärung des Staatssekretärs Ballraf. In der Frage der Erhaltung von Vries hat man nicht nur Arbeiter-Interessen zu sehen. Es handelt sich hier nicht um Stehlen, sondern um das ältere Recht der Erde, das Eroberungsrecht. Im Balkenlande muß das geschichtlich Gewordene erhalten bleiben.

Abg. Dr. Raumann (fortsch. Sp.) bemerkt hinsichtlich des Herrn v. Trostly, daß er seine großen Verdienste um die Flotte rüchhaltig anerkennt. Für die U-Boote hat er zu wenig getan. Was hier zur Kritik steht, ist seine Wirksamkeit seit seinem Austritt. Bisher ist es in der deutschen Geschichte nicht vorgekommen, daß ein früherer Minister in einer großen Agitation sich für die Gedanken einsetzt, die er früher nicht durchsetzen konnte. Das schädigt die staatliche Autorität, und eine solche Unterbrechung können wir nicht aufheben. In der gegenwärtigen Situation müssen wir die Autorität stärken, Regierung wie Volksherrschaft, wenn wir den Krieg glücklich beenden wollen. Von einer persönlichen Kränkung kann nicht die Rede sein.

Abg. Gothein (fortsch. Sp.): Der Schluß der nationalen Minderheiten ist eine der wichtigsten Fragen bei dem allgemeinen Friedensschluß. Damit wird ein dauernder Bündnistoff befestigt. Hier ist eine internationale Regelung notwendig.

In der Schlußansprache wünscht der Vorsitzende Abg. Fehrenbach den Abgeordneten gute Erholung und fährt fort: Ebenso ist es mir ein Bedürfnis — in Ihrer aller Namen, wie ich überzeugt bin — dem Herrn Staatssekretär v. Kühlmann, der morgen abend nach West-Berlin zurückkehren wird, zum Fortgang des Friedenswerkes aufrichtig Glück zu wünschen. Die Friedensverhandlungen sind so wichtig, die Stunde ist so ernst, daß der allgemeine Wunsch natürlich ist, sie bald zu einem guten Ende geführt zu sehen. Aus den Verhandlungen in den österreichisch-ungarischen Delegationen ist zu ersehen, daß dort eine vollständige Uebereinstimmung zwischen der großen Mehrheit, wenn nicht der Gesamtheit der versammelten Volksvertreter und der Regierung in Bezug auf die Behandlung der Friedensfrage besteht. Da das Plenum des Reichstages nicht versammelt ist, so kann nach Lage unserer Geschäftsordnung eine gleiche Feststellung bei uns nicht vorgenommen werden. Der Herr Staatssekretär hat aber wohl aus unseren Verhandlungen die Uebereinstimmung gewonnen dürfen, daß die große Mehrheit des Reichstages seine Friedensbemühungen lebhaft unterstützt. Insbesondere kann er überzeugt sein, daß sein rüchhaltiges Bekenntnis zu dem Bunde mit Oesterreich-Ungarn unsere volle Billigung findet. Herr v. Kühlmann hat heute früh als Vertreter der deutschen Politik den „ernstlichen Friedenswillen“ bezeichnet. Graf Czernin hat den gleichen Gehörten für die österreichische Politik herab den Ausdruck verliehen. Die Uebereinstimmung mit diesen Zielen ihrer Regierungen ist aus den Verhandlungen der Delegationen und unseres Ausschusses klar und deutlich herausgeklungen. Daß diesem Willen der Erfolg beschieden sein möge, daß diese Hoffnung verwirklicht werde, das ist unser aller lebhafter Wunsch. (Lebhafte Beifälle.)

Hertling-Czernin-Kühlmann.

Die Rede Hertlings kann nicht verstanden werden ohne Berücksichtigung der Tatsache, daß gleichzeitig vor der österreichischen Delegation Wien Graf Czernin über die Friedensfrage sprach. Es steht über allem Zweifel, daß diese Reden genau vereinbart waren, gleichviel ob man annehmen will, daß Czernin und Hertling von vornherein sachlich vollkommen einer Meinung waren oder ob es langer Verhandlungen bedurfte, um wenigstens äußerlich eine Vereinbarung zu erzielen.

Nehmen wir die Resultate der jüngsten Verhandlungen vorweg! Czernin hat ein rüchhaltiges Vertrauensvotum der österreichischen und der ungarischen Delegation erhalten. Trotz seiner scharfen Abtats an die Streitenden stimmte dafür auch die Sozialdemokratie. Wieder einmal zeigte sich, daß bei der konkreten Stellung zur Friedensfrage nicht die

Klassengegenstände ausschlaggebend waren, sondern die nationalen Verschiedenheiten. Mit allen deutschen Parteien stimmten die deutschen, mit allen polnischen Parteien die polnischen Sozialdemokraten für Czernin — mit allen Tschechen und Südslaven auch die sozialdemokratischen Vertreter dieser Nationalitäten gegen ihn. Auch im Hauptausschuß des deutschen Reichstages wird die Regierung Hertling-Kühlmann mit überwältigender Mehrheit ein Vertrauensvotum erhalten, wenn auch hier ebensowenig wie in Oesterreich ausdrücklich abgestimmt werden wird. Für Hertling-Kühlmann würden stimmen Zentrum, Fortschrittler und Nationalliberale; Konservative und Sozialdemokraten würden sich wohl der Stimme enthalten, und die unabhängige Sozialdemokratie würde gegen die Regierung stimmen.

Welchen Programmen dienen nun diese parlamentarischen Betätigungen? Nach Osten bekräftigten sie die bisherige Verhandlungsweise. Der Streit mit den Bolschewiki soll nicht auf die Spitze getrieben werden in der Frage, ob seitens Oesterreichs, Litauens und Polens schon eine Willenserklärung vorliegt, sich von Russland zu trennen; ebensowenig soll die Art der Abstimmung — Volksabstimmung oder Parlamentswahl — zu einer Kardinalfrage erhoben werden. Woran aber Czernin und Kühlmann unbedingt festhalten, das ist die Ablehnung des Verlangens der Russen, die Besatzungstruppen und die ganze Verwaltung der besetzten Gebiete durch die Mittelmächte zurückzunehmen und es den okkupierten Völkern zu überlassen, sich aus dem Nichts heraus eine neue Verwaltung und staatliche Organisation zu schaffen, die dann wahrscheinlich aus Arbeiter- und Soldatenräten nach bolschewistischem Muster bestünde. Die jetzt eingeleiteten Verwaltungen in Polen, Litauen und Kurland aufrecht zu erhalten, sie rein national zu gestalten und demokratisch auszubilden — das ist der entscheidende Punkt für die Mittelmächte und es frage sich eben, ob die Bolschewiki hierin nachgeben oder daran den Frieden scheitern lassen werden. Die Ansichten auf ein Zustandekommen des Friedenswerkes erscheinen uns nicht günstig. Singen wird zweifellos ein vorteilhafter Friede mit der Ukraine geschlossen werden können, falls sich in dieser die Zentralrada gegen die bolschewistische Volksrada, Kiew gegen Charkow, zu behaupten vermag.

Nach Westen hin hat Hertling die Forderung England-Amerikas abgelehnt, daß vor Beginn der Friedensverhandlungen Deutschland sich zur völligen Räumung der besetzten Gebiete verpflichten müsse. Nur wenn gleichfalls vor Beginn der Friedensverhandlungen die Feinde anerkennen, daß sie jeden Anspruch auf Losreißung eines Teiles vom deutschen Reichsgebiet fallen lassen, ist Deutschland zur gleichen Erklärung gegenüber Belgien und Nordfrankreich bereit. Auf dieser Grundlage des Prinzips ohne Annexionen und Entschädigungen bietet Czernin England und Amerika seine Vermittlung an. Zugleich verichert er Oesterreich-Ungarns unerfüllterliche Bundesstreue — für die Verteidigung des deutschen Reichsgebietes, wie es vor dem Kriege war. Mit anderen Worten: wenn die Entente unter der Hand Czernin wissen läßt, daß sie den Anspruch auf Elsaß-Lothringen und die deutschen Kolonien fallen läßt, erhält sie von Czernin die Garantie, daß Deutschland gegen Nordfrankreich und Belgien keine territorialen Ansprüche erhebt. Noch einmal vor Beginn der fürchterlichen Frühjahrskämpfe wird die Tür zum Frieden geöffnet.

Wir müssen leider nach wie vor damit rechnen, daß die Feinde sie nicht durchschreiten werden. Zum Verzicht auf Elsaß-Lothringen ist Frankreich unter Clemenceau nicht bereit. Die französische Sozialdemokratie unter Renaudel steht z. B. gequemblich auf dem Standpunkt, daß Elsaß-Lothringen erst Frankreich überreignet werden muß — dann sollen die Elsaß-Lothringer abstimmen! England und Amerika werden Frankreich nicht um Stücke lassen. Wilsons 14 Programmpunkte, die in Deutschland vielfach als Friedensannäherung aufgefaßt worden sind, haben im Gegenteil in Frankreich einen Sturm der Kriegsbegeisterung hervorgerufen, weil zum erstenmal die Vereinigten Staaten sich darin offiziell für Frankreichs Anspruch auf Elsaß-Lothringen eingesetzt haben. Wer diese Wirkung Wilsons in Frankreich, wie der Kriegswille am stärksten erschüttert war, nicht kennt, urteilt über Weltpolitik wie ein Blinder über Farbenunterschiede. Wir sind deshalb gewiß, daß auch Czernins von Deutschland gewiß nicht beanstandetes Vermittlungsangebot erfolglos bleiben wird.

Doch man braucht nicht zu prophezeien. Die nächsten fünf Wochen bis zum Beginn des März werden es zeigen, Eintritten darf trotz der Verklammerung der Hertling-Rede nach den Worten Czernins und Kühlmanns festgesetzt werden, daß die Mittelmächte noch immer am Frieden ohne Annexionen und Entschädigung festhalten. Man wird also Hertlings Zweideutigkeiten dahin auslegen müssen, daß sich Deutschland einen Wechsel in der Haltung für den Fall vorbehält, daß noch einmal die Waffen brechen müssen. Dazu wird später Stellung zu nehmen sein. Wir würden das Volk betrügen, wollten wir leugnen, daß uns diese traurige Aussicht für den Westen noch immer hohe Wahrscheinlichkeit zu haben scheint.

Stadt
reise
und in den
Zeit
einschl.
30-70 Pfg.
20
30-70
18
25
25
35
0-80
15
20
15
10
20
4
6
9-20
0-50
60
40
90
80
2-12
20
60
70 Pfg.
38
63
32
wie
Breite in
terial an
ter Ware
Wochen
vord der
m Kleinen
2891
waren.

tunde
Jahren
5-6 Uhr,
in Ordnung ist,
2894
VI.

Blätter
2895
M.-G.

und Bild
Volksfreund

ausführlicher dem Gehörten über her Parteibehandlung zu übergeben

Kriegsnachrichten.

Deutscher Tagesbericht.

W.D. Großes Hauptquartier, Antsch, 28. Jan.
Westlicher Kriegsschauplatz. Nördlich von Bezelacere wurden bei einem Erkundungsangriff 17 Engländer, darunter ein Offizier, gefangen. — Die Artillerietätigkeit war fast an der ganzen Front gering, lebhafter an einzelnen Stellen in der Champagne und im Maas-Gebiet.

Italienische Front. Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden dauern seit gestern Nachmittag Artilleriekämpfe an, die sich bei Tagesanbruch im Gebiet des Col del Rosso zu größter Heftigkeit steigerten.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 28. Jan. (W.D. Nicht amtlich.) Antsch wird verlauffen: Wien, 28. Jan., mittags:

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden steigerten sich die Artilleriekämpfe zeitweise zu größter Heftigkeit.

Der Chef des Generalstabes

Neue Versenkungen.

Berlin, 27. Jan. (Amtlich.) Neue Unterseebootversenkung im Sperrgebiet um Irland: 20000 BRT. Ein großer Teil der Schiffe, die zum meist bewaffnet waren, wurde unter erheblicher feindlicher Gegenwirkung im Sanft Georgs-Kanal vernichtet.

Rev.-Tel. Berlin, 28. Jan. Wie wir hören, sind in der Zeit vom 1. Februar 1917 bis 31. Dezember 1917 27 Transportdampfer und 265 Schiffe mit Kriegsmaterial, darunter 97 mit Munition und fertigem Kriegsbedarf von unseren U-Booten versenkt worden. Die hiermit vernichtete Menge an Munition würde den Bedarf von 50 Divisionen zu je 15000 Mann für einen Monat gedeckt haben.

W.D. Kopenhagen, 28. Jan. (Nicht amtlich.) „Politiken“ veröffentlichten einen Leitartikel, überschrieben: „Ein Jahr U-Bootkrieg“, worin u. a. ausgeführt wird: Weit mehr als 1 1/2 Millionen Tonnen neuen Schiffesbaues hat England wohl kaum im Jahre 1917 bauen können. Frankreich konnte gar nichts bauen und aus Amerika liegen keine Zahlen vor. Man kann damit rechnen, daß nicht viel mehr als ein Drittel der Verluste von den Alliierten durch Neubauten, Beschlagnahme und Werten von Dampfern ausgeglichen wird, allerhöchstens die Hälfte, und daß gleichzeitig damit die Leistungsfähigkeit durch die Geleitzüge der Schiffe herabgesetzt wird und daß der Eintritt Amerikas in den Krieg viel neuen Schiffesbaues erfordert. Es ist vielleicht nicht undenkbar, daß einige untergeordnete Marineoffiziere auf den Kriegsausschluß größeren Einfluß erhalten als die mächtigen Admirale und Generale.

U-Boot-Verluste Italiens.

L. d. N. Berlin, 27. Jan. Verluste der italienischen Handelsflotte im Unterseebootkrieg. Nach dem „Popolo Romano“ vom 22. Januar erwähnte der Minister Nitti in einer Rede in der Associazione Commerciale Industriale Agricola Romana, daß im Verlaufe des Krieges 55 vom Hundert der italienischen Handelsflotte vernichtet worden sind.

Ein englischer 13405 Tonnen-Dampfer torpediert.

London, 28. Jan. (W.D. Nicht amtlich.) Reutermeldung. Der Cunard-Dampfer „Andania“ (13405 BRT.) mit 40 Passagieren und 200 Mannschaften wurde auf der Küste von Ufiter torpediert. Alle konnten sich in die Boote retten und wurden nach einer Stunde aufgegriffen. Man hofft, den Dampfer in den Hafen bringen zu können.

Kriegskreuzer „Sultan Zavis Selim“.

W.D. Konstantinopel, 28. Jan. (Nicht amtlich.) Der türkische Kriegskreuzer „Sultan Zavis Selim“ ist gestern hier eingelaufen. Das Schiff ist völlig verwendungsbereit. Auch die zahlreichen feindlichen Fliegerangriffe haben dem Schiff lediglich durch zwei kleine Bombentreffer unwesentliche Beschädigungen am Schornstein und an der Heelung verursacht.

Japans Politik.

W.D. Paris, 27. Jan. (Nicht amtlich.) Die Agence Havas meldet aus Tokio vom 24. Januar: Bei der Eröffnung des japanischen Parlaments hielt der Ministerpräsident Tanaka eine Rede, worin er sagte: Die Forderung der Ordnung in Asien ist für uns ein Gegenstand ernstester Sorge. Wir wünschen, daß sich Asien eine dauernde Regierung schafft, indem wir feststellen, daß leider die Unordnung auf Ostasien übergriffen. Es ist zu befürchten, daß sie den Frieden im äußersten Osten bedroht, der die Grundlage der Weltmacht unseres Reiches bildet. Wenn die Unruhen das Nationalinteresse bedrohen, wird die Regierung die geeigneten Maßnahmen treffen. Der Minister des Äußeren Baron Motono unterstützte diese Worte und fügte hinzu: Die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung im äußersten Osten liegt Japan zu. Dieses darf vor keinem Opfer zurückweichen, um einen dauerhaften Frieden zu erhalten.

Die Lage im neuen Rußland.

W.D. Petersburg, 28. Jan. (Nicht amtlich.) Die Freiwilligenflotte und die Handelsflotten der russischen Ostsee wurden verstaatlicht und der Leitung der revolutionären Matrosenvereinigungen unterstellt. Das Kapital der Gesellschaften wurde beschlagnahmt.

W.D. Petersburg, 28. Jan. (Nicht amtlich.) Reuter. Wie gemeldet wird, sind die Verhandlungen zwischen den russischen und türkischen Bevollmächtigten über die Einrichtung einer Dampfschiffverbindungsleitung zwischen russischen und türkischen Häfen, besonders zwischen Odessa und Konstantinopel, im Fortschreiten.

W.D. Petersburg, 28. Jan. (Nicht amtlich.) Reuter. Polnische Regimenter besetzten die Station Orscha im Gouvernement Mähren und entwaffneten die russische Garnison. Ebenfalls besetzten sie die Stationen nördlich und südlich von Orscha, wo sie die russischen Posten entwaffneten. Das Vorgehen erfolgte, weil die Volkskommissare die Leiter der polnischen Militärvereinigungen verhaftet hatten.

W.D. Petersburg, 27. Jan. (Nicht amtlich.) Reut. Tel. Ag. Der Volksbeauftragte Antonow gibt bekannt, daß die Städte Kremenetz, Komodan und Lutiv sich in den Händen der Bolschewiki befinden. Bei Bachmatich sind Kämpfe statt. Bei Aleksandrowatz ergaben sich vierzehn Abteilungen Kojaken nach einem Gefecht mit Truppen der Bolschewiki. In Semotopol wurden die Behörden der Sowjets anerkannt. Einige Seestreitkräfte der Rada stellten sich auf die Seite der Sowjets. Die Tartaren wurden bei Jalta zurückgeworfen und bei Theodosia geschlagen.

W.D. Petersburg, 26. Jan. (Nicht amtlich.) Ueber die Vorgänge bei Galas, die zum Uebertritt russischer Truppenteile zu den verbündeten Truppen führten, wird weiter gemeldet, daß die Kämpfe zwischen der 9. und Teilen der 10. sibirischen Division und den Rumänen auf der Höhe westlich von Galas immer noch andauern. Auf rumänischer Seite nehmen dabei schwere Artillerie und bei Galas auch drei Monitore teil. Die russischen Stellungen von der Bahn Braila-Galas bis zum Serethbogen östlich von Nikolai bleiben unbelegt. Ein besetzter Punkt an der Bahn ist von den Rumänen besetzt worden, deren Posten sich gleichzeitig im Serethbogen festgesetzt haben.

W.D. Stockholm, 28. Jan. (Nicht amtlich.) Meldung des Svenska Telegram Byran. Seit gestern vormittag ist die telegraphische Verbindung zwischen Stockholm und Petersburg unterbrochen. Die finnländische Uebergangsstation Nyttad signalisiert, daß die Rote Garde die Linien abgeschnitten habe. Auch mit Finnland besteht keine Verbindung. Man erfährt über Petersburg und Saporanda, daß vollständige Anarchie in Finnland herrsche, dessen Unglück noch dadurch vermehrt worden sei, daß die russische Bolschewiki-Regierung erklärt habe, sie sei geneigt, ihren Grundrissen gemäß die finnischen Revolutionäre im Streit gegen die bürgerliche Gesellschaft zu unterstützen.

Friedensreden oder Frieden.

Kopenhagen, 28. Jan. (W.D. Nicht amtlich.) In einem Leitartikel, überschrieben: „Friedensreden oder Frieden?“ rät „Sozialdemokraten“ den Bolschewiki, den Friedensabschluß nicht unnötig in die Länge zu ziehen. Das Blatt fährt fort: Die Bolschewiki kamen zur Macht, weil das russische Volk den Frieden wollte und in dieser Beziehung sich durch Kerenski getäuscht, ja betrogen fühlte. Sie erließen auch sofort eine Kundgebung über einen augenblicklichen Friedensabschluß, schlossen auch einen Waffenstillstand ab. Da aber schien, namentlich bei Trozkij, die Meinung zu bestehen, die Friedensverhandlungen in die Länge zu ziehen, in der Hoffnung, daß die sozialistische Revolution kommen und den sozialistischen Weltfrieden schaffen werde. Das ist eine gefährliche Phantasie, eine gefährliche Taktik. Eherlicher russischer und deutscher Friedenswille konnten in West-Vitost den Frieden bringen ohne Eroberungen und Entschädigungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker, das naturgemäß den Weltfrieden zur Folge haben würde, aber keinen sozialistischen Frieden. Das ist ein Phantasiegebilde, denn gegenwärtig ist die Welt noch nicht sozialistisch und kann es auch im Handumdrehen nicht werden. Die demokratischen Friedenswähler sind dem Frieden nötig. Was sie wollen, ist der Friede und was sie erhoffen ist, daß die Friedensverhandlungen, wenn sie in dieser Woche in West-Vitost aufgenommen werden, etwas mehr zum Ergebnis haben möchten, als glänzende Reden und meterlange Telegramme.

Die einzige Rettung: Die wirkungsvolle Erfassung der gesamten Waren.

Ein Beschluß des Städtetages.
 Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat kürzlich einstimmig folgende Entschließung gefaßt:
 „So sehr die allgemeine Aufmerksamkeit in letzter Zeit auf den schweren Mangel des Schleichhandels und der Höchstpreisverletzungen gelenkt worden ist, so bleibt Grundmangel der Kriegsernährungswirtschaft doch die unzureichende Erfassung der Erzeugnisse auf dem Lande. Der Arbeitserfolg zahlreicher ländlicher Verwaltungsstellen ist nicht kräftig genug und wird auch von der Reichs- und Staatsgewalt nicht genügend gefördert, um die Waren, die Gegenstand der kriegswirtschaftlichen Bestimmungen oder ordnungsmäßig abgesetzter Verträge sind, für die Ernährung der Verbauherbezirke in geordneter Form nutzbar zu machen. Die Gefahr des Schleichhandels und seiner Begleiterseignisse, die neben der mangelnden Erfassung nur als Symptom für das Kranksein des Kriegswirtschaftskörpers erscheint, ist freilich auch sehr groß, da durch sie die wirtschaftlich gerechte Verteilung der Lebensmittel behindert wird. Werden indes die Erörterungen und die Maßregeln mit Bezug auf das Symptom abgestellt, so wird nicht nur die wirtschaftliche Heilung verfehlt, sondern, indem die Menge der in die Städte hereinkommenden Lebensmittel wahrscheinlich vermindert wird, wird das Uebel sogar vergrößert. Die Durchbrechung der gesetzlichen Vorschriften auf dem Gebiete der Höchstpreise ist wesentlich durch das Vordringen der Militär- und Marineverwaltungen erleichtert, die sich im Interesse einer guten Verjorgung der ihrer Fürsorge Anvertrauten an die Befolgung der gesetzlichen Vorschriften nicht immer gebunden erachten. Daneben liegt das Schwergewicht des Schleichhandels bei der Rüstungsindustrie und — in schon erheblich geringem Maße — bei den zahllosen kleinen Geschäftsbetriebsstellen einzelner. Die städtischen Verwaltungen haben von vornherein es als ihre Pflicht angesehen, die gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiete des Ernährungswesens dem Wortlaut und Geist nach genau zu befolgen. Wenn auch sie im Laufe der Zeit von dieser allein richtigen Linie einzeln, und zwar in der Hauptsache auf dem Gebiet der Lebensmittelwirtschaft abgewichen sind, so befinden sie sich in einer Zwangslage, aus der es einen Ausweg, der nicht erste Nachteile eingeschlossen hätte, nicht mehr gab. Das führte dann dazu, daß entweder zum schweren

Schaden der Gesamtwirtschaft die Höchstpreise überschritten wurden, oder aber es mußte zur oft unerträglichen Benachteiligung der eigenen Bevölkerung auf die Verköstigung der Ware verzichtet werden; dabei legten sich die städtischen Verwaltungen obendrein dem Vorwurf aus, sich um die Verjorgung ihrer Bevölkerung geringer bemüht zu haben als die Verwaltungen anderer Städte. Befestigt kann dieser unerträgliche Zustand nur dadurch werden, daß die Kriegswirtschaft, soweit sie die Waren nicht dem freien Handel überläßt, durchweg von der bloßen Höchstpreisfestsetzung oder sonstigen halben Maßregeln zu wirkungsvoller Erfassung der gesamten Waren fortgeschreitet.“

Gewerkschaftliches.

Jahresabschluss des Fabrikarbeiterverbandes — 30000 Mitglieder Zunahme. Als erste der großen Organisationen veröffentlicht der Fabrikarbeiter-Verband einen vorläufigen Jahresabschluss für 1917. Bei Kriegsausbruch hatte der Verband rund 20000 Mitglieder. Gegenwärtig hat er unter Einrechnung der im Felde stehenden Mitglieder 210000. Im vergangenen Jahre wurden rund 55000 Mitglieder neu aufgenommen. Durch Austritt, Streikung, Abreise und aus anderen Gründen verlor der Verband 21225 Mitglieder, so daß er um über 30000 Mitglieder zugenommen hat. Das Verbandsblatt „Der Arbeiter“, wenn das einen gerabegut überausenden Aufschwung. Die Zahl der Neuvernahmen hat sich gegen 1916 fast verdoppelt, gegen 1915 vervielfacht. Seit dem Jahre 1906 gibt es kein Verbandsjahr, das den gleichen Mitgliederzuwachs gebracht hätte wie 1917. Vom Jahre 1918 erhofft der Verband vor allem den Frieden. Sollte dieser auch in der Uebergangszeit ein vorübergehendes Nachlassen der Werbestärke des Verbandes mit sich führen, so muß er doch den Beginn einer allgemeinen Erholung bedeuten und den Verband für alle Dauer unerschütterlich befestigen.

Ausland.

Das gerichtliche Nachspiel zu den Züricher Unruhen. Der Prozeß gegen die wegen Anstiftung zur Meuterei bei den Züricher Unruhen Verhafteten fand unter großem Andrang des Publikums vor dem Territorialgericht 5 in Zürich statt. Das Urteil erkannte gegen den Angeklagten Hämmer, in contumacia auf 10 Monate Gefängnis wegen Uebereiferkeit des bei Soldaten zur Fahnenstiftung auffordernden Flugblatts, gegen den Angeklagten Oberleutnant und Lehrer Adin wegen Mißhilfe bei Drucklegung und Verteilung des Flugblatts zu 7 Monaten Gefängnis und Entziehung vom Grade eines Oberleutnants. Bei dem Urteil wirkte der gute Student Adin strafmildernd. Frau Adin und die russische Studentin Kasper wurden wegen Verteilung des Flugblatts ebenfalls zu einigen Monaten Gefängnis verurteilt.

Bern, 28. Jan. (W.D. Nicht amtlich.) Yvoner Blätter melden aus Madrid: Die Lage in Barcelona sei abwärts sehr ernst. In dem Dorfe Pobleta bei Toledo sei es zu Zusammenstößen zwischen der Bürgergarde und Manifestanten gekommen. Die Regierung ermäge die Aufhebung der verfassunggebenden Garantien in ganz Spanien.

Madrid, 26. Jan. (Agence Havas.) Der Tag ist in Barcelona ohne Zwischenfälle verlaufen. Die meisten Fabriken sind geschlossen. Ueber 25000 Frauen haben die Arbeit niedergelegt.

Madrid, 26. Jan. (W.D. Nicht amtlich.) Ag. Havas. Ein Erlaß ordnet die Aufhebung der konstitutionellen Garantien in der Provinz Barcelona an, wo die Unruhen eine ernste Wendung genommen haben.

Deutsches Reich.

Gegen die Verschleppung der Wahlrechtsvorlage.
Bielefeld, 26. Jan. Die Stadtverordnetenversammlung nahm laut „Frankf. Zig.“ einstimmig einen sozialdemokratischen Antrag an, eine Eingabe an den Landtag gegen eine etwaige Verschleppung der Wahlrechtsvorlage zu richten. Auch fünf anwesende Nationalliberale und ein Zentrumsbereiter waren für diese Eingabe. Später fanden große Massenversammlungen statt, die ebenfalls die unermüdete Durchberatung der Vorlage verlangten.

Gnadenerlaß des Kaisers.

Berlin, 27. Jan. Auch in diesem Jahre hat der Reichskanzler in einer Sonderausgabe zwei vom preussischen Staatsminister gegengezeichnete allerhöchsten Gnadenerlasse veröffentlicht. In dem ersten Erlaß sind wiederum den Kriegsteilnehmern die Vergünstigung der Wiedererschlagung nichtverlebiger Strafverfahren und das Erlassen noch nicht vollstreckter Strafen, unter den aus dem vorigen Jahre bekannten Voraussetzungen und Bedingungen gewährt worden. Dadurch ist die Wirkung der bisherigen Gnadenerlasse ausgedehnt auch auf die Personen, die seit dem letzten Gnadenerlaß (27. Januar 1917) bis zum heutigen Tage Kriegsteilnehmer geworden sind. Hinsichtlich aller bisherigen Kriegsteilnehmer umfaßt der Erlaß die Wiedererschlagung des Strafverfahrens wegen solcher Straftaten, die bis zum heutigen Tage rechtskräftig wurden. Soweit die Voraussetzungen des allerhöchsten Erlasses nicht vorliegen, soll in dem erwähnten Umfang geprüft werden, ob einzelne Gnadenerweise für Kriegsteilnehmer zu beantragen sind.

Der zweite, auch für Zivilpersonen geltende Erlaß ordnet im Anschluß an die entsprechenden Erlasse der Jahre 1916 und 1917 an, daß ins Strafregister und den polizeilichen Listen alle noch nicht gelöschten Vermerke über die bis zum 27. Jan. 1918 erfolgten Verurteilungen derjenigen Personen zu löschen sind, die keine schweren Strafen als Geldstrafen oder Gefängnis bis zu einem Jahre erlitten haben und in den letzten 10 Jahren nicht wieder wegen Vergehens oder Verbrechens verurteilt wurden.

Nach einem gleichzeitig veröffentlichten Erlaß des Kaisers erfolgt diese Löschung auch bei den Strafen, die von den Konsular-, Marine-, Schutztruppen- und Schutzgebietgerichten verhängt worden sind.

Wirtschaftsunterstützung gegen den sächsischen Kultusminister.
 Bei der Beratung des Kultusrats und des Kapitels Volkschulen in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags unterzogen die sozialdemokratischen Redner, die Abg. Lange und Kitzke, die reaktionäre Schulpolitik in Sachsen einer scharfen Kritik. Um der Regierung wegen ihrer allgemeinen volksfeindlichen Haltung wie der koalitionslosen Haltung des Kultusministers ihr Mißtrauen erneut zum Ausdruck zu bringen, lehnten unsere Genossen das Gehalt des Kultusministers ab.

Berlin, 27. Jan. Auch in diesem Jahre hat der Reichskanzler in einer Sonderausgabe zwei vom preussischen Staatsminister gegengezeichnete allerhöchsten Gnadenerlasse veröffentlicht. In dem ersten Erlaß sind wiederum den Kriegsteilnehmern die Vergünstigung der Wiedererschlagung nichtverlebiger Strafverfahren und das Erlassen noch nicht vollstreckter Strafen, unter den aus dem vorigen Jahre bekannten Voraussetzungen und Bedingungen gewährt worden. Dadurch ist die Wirkung der bisherigen Gnadenerlasse ausgedehnt auch auf die Personen, die seit dem letzten Gnadenerlaß (27. Januar 1917) bis zum heutigen Tage Kriegsteilnehmer geworden sind. Hinsichtlich aller bisherigen Kriegsteilnehmer umfaßt der Erlaß die Wiedererschlagung des Strafverfahrens wegen solcher Straftaten, die bis zum heutigen Tage rechtskräftig wurden. Soweit die Voraussetzungen des allerhöchsten Erlasses nicht vorliegen, soll in dem erwähnten Umfang geprüft werden, ob einzelne Gnadenerweise für Kriegsteilnehmer zu beantragen sind.

Der zweite, auch für Zivilpersonen geltende Erlaß ordnet im Anschluß an die entsprechenden Erlasse der Jahre 1916 und 1917 an, daß ins Strafregister und den polizeilichen Listen alle noch nicht gelöschten Vermerke über die bis zum 27. Jan. 1918 erfolgten Verurteilungen derjenigen Personen zu löschen sind, die keine schweren Strafen als Geldstrafen oder Gefängnis bis zu einem Jahre erlitten haben und in den letzten 10 Jahren nicht wieder wegen Vergehens oder Verbrechens verurteilt wurden.

Nach einem gleichzeitig veröffentlichten Erlaß des Kaisers erfolgt diese Löschung auch bei den Strafen, die von den Konsular-, Marine-, Schutztruppen- und Schutzgebietgerichten verhängt worden sind.

Wirtschaftsunterstützung gegen den sächsischen Kultusminister.
 Bei der Beratung des Kultusrats und des Kapitels Volkschulen in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags unterzogen die sozialdemokratischen Redner, die Abg. Lange und Kitzke, die reaktionäre Schulpolitik in Sachsen einer scharfen Kritik. Um der Regierung wegen ihrer allgemeinen volksfeindlichen Haltung wie der koalitionslosen Haltung des Kultusministers ihr Mißtrauen erneut zum Ausdruck zu bringen, lehnten unsere Genossen das Gehalt des Kultusministers ab.

Geheirterte Streikbewegung in Berlin.

überhritten, den Benachteiligung der Ware...

Berlin, 28. Jan. (W.D. Nicht amtlich.) Der Ende voriger Woche durch Flugblätter für heute angekündigte große Ausstand ist nicht eingetreten. Die darauf abzielenden Aktionen haben nur ganz beschränkten Erfolg gehabt, obwohl noch gestern Nachmittag in Berlin und in den Vororten Flugblätter von Haus zu Haus fleißig verbreitet worden sind. In Berlin ist im Straßenbild vom Ausstand überhaupt nichts zu bemerken. Lediglich in einigen Betrieben hat ein Teil der Arbeiter die Arbeit heute nicht aufgenommen. Eine vollständige Arbeitseinstellung scheint überhaupt nirgends erfolgt zu sein. Unter den Unternehmungen, von denen eine teilweise Arbeitseinstellung gemeldet wird, befindet sich Ludwig Löwe, A. G. G., Vorig und Daimler. Eine einheitliche Zeitung für den geplanten Ausstand scheint überhaupt nicht vorhanden zu sein.

Berlin, 28. Jan. Zu den Arbeiterausständen in Berlin kann noch gemeldet werden, daß es bis um 12 Uhr in 40 Betrieben 100000 Mann in Ausstand traten. Die Aktiengesellschaft Auer hat mit 8000 Mann den Betrieb vollständig eingestellt, ebenso Daimler und Goerz. Bei den Schütte-Lanz-Werken (Berlin) streiken 1200 Mann, bei der A.G. wird in 2 Betrieben teilweise gestreikt, während in einem 3. Werk die Arbeit vollkommen ruht. Siemens-Schuckert-Werk und Siemens-Galcke-Werk wurden vom Streik bisher nicht berührt, ebenso Drenkorn und Koppel, Spandauer Werk, während in Werken in Drewi von 2000 Arbeitern 1200 streiken. Bei Ludwig Löwe streiken ein Sechstel der Belegschaft, bei Schwachkopf sind 4000 Mann in Ausstand getreten, bei Vorig reichlich ein Drittel der Arbeiter.

Berlin, 27. Jan. Von Ausstandsgeklüften, auf die der Staatssekretär des Innern Volkraz hingewiesen hat, war in den Straßen Berlins bis zu den Mittagstunden nichts zu bemerken. Die Zeitungen warnen die Arbeiter vor den Folgen der Schritte, zu denen sie durch die Flugblätter und Druckschriften der Unabhängigen Sozialisten aufgefordert wurden. Der „Vorwärts“ hob in einem Leitartikel hervor, daß die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter keine Bolschewiki seien. Sie wollten nur den Frieden und die innere und äußere Freiheit Deutschlands. Ihr Ziel der Demokratie und des Sozialismus verfolgten sie nicht mit Methoden und Phantastereien. Das deutsche Volk sei das ruhigste und friedfertigste der Welt; indessen jeder Bedanke daran, ihm kriegsverlängernde Ziele aufzudrängen oder ihm Rechte vorzubehalten, die ihm verweigert seien, wirke zerrütend, und das sei heute die größte Gefahr.

„Sehr richtig!“

In dem Villenorte Godesberg bei Bonn hielt kürzlich die deutsche Vaterlandspartei eine Versammlung ab, an der etwa 150 Personen, meistens Rentner, pensionierte Beamte und Lehrer teilnahmen. Die Versammlung nahm den üblichen Verlauf. Als der Oberlehrer Grube in seinem Schlusswort auf den Vorwurf in der Defensivität zurückkam, daß die Mitglieder der deutschen Vaterlandspartei Kriegsverlängerer seien, wurde dem Redner von einem antwortenden Rentner in Uniform laut schallend zugeworfen: „Sehr richtig!“ Allgemeines Entsetzen im Saale. Vermutlich hat der junge Offizier die Schreden des Krieges am eigenen Leibe erfahren. Nachdem sich der Oberlehrer Grube einigemmaßen von seinem Schreden erholt hatte, bedauerte er „lebens“, daß ein preussischer Offizier sich eine solche Verhöhnung erlaube, und dazu noch — ein früherer Schüler von ihm! Dann wurde „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen, gerührt zurückbleiben.

Baden.

„Es geschehen Zeichen und Wunder“.

Während in Baden, dem einstigen liberalen Musterlande, nicht einmal die Nationalliberalen sich dazu ausrufen können, mit der privilegierten Stellung des hohen und niederen Adels in der Ersten Kammer aufzuräumen, lehnt es die preussische Regierung ab, den früheren reichsländlichen Fürsten einen

Rechtsanspruch auf Sitz im Herrenhaus anzugewinnen, ebenso lehnt es die preussische Regierung ab, den andern, die heute noch nicht aus erblichem Recht dem Herrenhaus angehören, einen Rechtsanspruch darauf zuzuerkennen. Der preussische Minister des Innern Dr. Drewes erklärte im Verfassungsausschuß des preussischen Abgeordnetenhauses, der Sitz im Herrenhaus sei nicht ein wohlverordnetes Privatrecht, das aufgehoben werden kann, sondern eine auf Grund eines Gesetzes übertragene öffentlich-ererbliche Funktion. Die Verbehaftung der erblichen Mitglieder des preussischen Herrenhauses sei in dem Entwurf der Regierung über die Reform des Herrenhauses gestrichen worden, weil der Zug der Zeit dahin geht, das Herrenhaus auf moderne Grundlage zu stellen.

Der preussische Minister des Innern stellt sich mit dieser Auffassung turnhoch über seinen Kollegen in Baden, den Staatsminister v. Bodman, der von einer Beilegung der Privilegien des Adels nichts wissen will. Die Nationalliberalen hätten an und für sich gegen die Aufhebung der Adelsprivilegien nichts einzuwenden, sie zu beantragen, fehlt ihnen der Mut. Ähnlich liegen die Dinge beim Zentrum. Diese Tatsachen illustrieren die politische Rückgratlosigkeit bei einem großen Teil unseres Bürgertums.

Wer hätte es für möglich gehalten, daß einmal die preussische Regierung in dieser Frage fortschrittlicher denkt und handelt, als die badischen Nationalliberalen und die „liberale“ Regierung Badens?

„Es geschehen Zeichen und Wunder“. Hoffentlich besitzen die Nationalliberalen noch so viel politisches Schamgefühl, daß sie in Verfassungsfragen nicht hinter der preussischen Regierung zurückbleiben.

Mannheim, 29. Jan. Wie der Polizeibericht meldet explodierte am Sonntagabend in der Küche einer in der Rheinküsterstraße gelegenen Wohnung eine von einer Militärperson aus dem Felde mitgebrachte Bombe, wodurch insgesamt fünf Personen verletzt wurden, darunter ein 13jähriger Knabe sehr schwer am Hinterkörper; dieser Verletzte hat außerdem den Verlust des rechten Auges zu beklagen. Die Verletzungen der übrigen Personen, darunter drei Kinder im Alter von acht bis vier Jahren sind weniger schwer.

Mannheim, 28. Jan. Hier wurde einer Dame auf der Fahrt mit der Straßenbahn von Ludwigshafen a. Rh. nach Mannheim aus der Handtasche eine alte gelbe Lederbrieftasche mit 6880 Mark entwendet.

Heidelberg, 27. Jan. Bei Neckargemünd wurde die Leiche einer 28-jährigen Kinderpflegerin aufgefunden. Aus einem zurückgelassenen Brief ging hervor, daß das Mädchen aus Liebeskummer Selbstmord begangen hatte.

Friesenheim bei Lahr, 28. Jan. Dieser Tage wurde hier ein Landwirt und Händler wegen Schleißhandels verhaftet, der in der Umgegend Bohnen in jeder Menge angekauft und diese weit über den Höchstpreis nach norddeutschen Großstädten veräußert hatte. Nach der „Lahrer Zeitung“ soll es sich um ungefähr 200 Zentner Bohnen handeln.

Schliengen bei Wülheim, 28. Jan. Ein Schleißhändler, der ungefähr 150 Liter Sirkschwasser zusammen gekaufert hatte, wurde damit auf dem Wege nach Freiburg ertrappt. Das Sirkschwasser wurde beschlagnahmt.

Walldorf, 27. Jan. Am Freitag vormittag 9 Uhr brach im Anwesen des Georg Wolf II im Oberdorf Feuer aus. Verursacht wurde es von Kindern, die mit Feuer spielten. Der Schaden beträgt ungefähr 20000 Mk.

Freiburg, 27. Jan. In der Benzgasse 68 im Stadtteil Stühlingen wurde am Dienstagabend die Ehefrau des Bahnarbeiters Raab ermordet, aufgefunden. Beschuß des Hauses haben am Nachmittag aus der Wohnstube einige gelbe Schreie gehört. Am gleichen Nachmittag wurde vor der Wohnstube ein Mann gesehen, auf den jetzt gefahndet wird.

Füllendorf, 28. Jan. Die Bürgermeisterämter des hiesigen Bezirks haben telegraphisch bei der Ersten und Zweiten Kammer Protest gegen die von Singen beantragte Aufhebung des hiesigen Amtsgerichts erhoben.

Kadolfzell, 28. Jan. Der Bürgerausschuß hat den städtischen Beamten und Angestellten Feuerungszulagen bewilligt und zwar bei einem Einkommen von 2100 Mk. 25 v. S., von 2100 Mk. bis 3000 Mk. 20 v. S., von 3000 Mk. bis 3900 Mk. 15 v. S., und über 3900 Mk. 10 v. S., von 3000 Mk. bis 3900 Mk. 15 v. S., und dem Familiengulden.

Aus der Partei.

10. badischer Reichstagswahlkreis Karlsruhe-Bucholz. Wir machen unsere Vertrauensleute und die Kreisvorstandsmitglieder darauf aufmerksam, daß am 10. Februar, nachmittags 1/2 5 Uhr, in Karlsruhe in der Gewerkschaftsstraße (Kaiserstr. 13) eine Barkhändelkonferenz stattfinden soll. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Der Kreisverband.

Eine Kundgebung der Mannheimer Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische Partei Mannheim veranstaltete am Samstag eine Versammlung, in welcher Reichstagsabgeordneter Oscar Ged das Thema „Der Stand der Friedensfrage und die Vaterlandspartei“ behandelte. Im Schluß der imposant verlaufenen Versammlung kam es zu einer spontanen Vertrauenskundgebung für den Abg. Oscar Ged. Nach einem Bericht der Mannheimer „Volkstimme“ wies der Vorsitzende, Genosse Geiß, auf die niedrigen persönlichen Angriffe hin, die nach der Traub-Versammlung im Landtag von „unabhängiger“ Seite gegen den Vertreter Mannheims im Reichstag gerichtet worden waren. Angriffe, die sich, wie Geiß meinte, nicht nur als leichtfertige Unwahrheiten, sondern auch als völlig an den Saaren herbeigezogene persönliche Bosheiten charakterisieren. Dem Versuch von dieser Seite gegenüber, unsere Mannheimer Reichstagsabgeordneten das Vertrauen seiner Wähler abzuipreden, stelle er als das Ergebnis der heutigen Versammlung fest, daß Genosse Oscar Ged mit seinem vortrefflichem Referat die gesamte Versammlung ohne jede Ausnahme auf seiner Seite hatte, wie auch seitlich keiner von uns ihm das Vertrauen versagte. Wir bringen unserem Vertreter im Reichstag — so schloß Geiß unter allgemeiner, wärmster Zustimmung der bis zum letzten Mann noch vollzähligen Versammlung — nicht nur das einmütige und volle Vertrauen entgegen, sondern wir erklären darüber hinaus, daß wir stolz darauf sind, einen solchen Vertreter zu besitzen, und wünschen, daß er es noch recht lange bleiben möge. Sie stimmen mir alle einmütig bei, ich stelle dies als Ihre Willensmeinung fest!

Kriegswucher, Kriegsschwindel.

Der Preissturz infolge der Friedensverhandlungen hat sich auch für die Bekleidungsindustrie stark bemerkbar gemacht. Der „Konfektionär“ berichtete von stöcklichen Preisrückgängen, Annullierungen von Aufträgen unter allerhand Vorwänden und sonstigen Verjahren, sich von Abschüssen frei zu machen. Das Blatt sucht die Abnehmerkreise zu beschwichtigen mit dem Hinweis darauf, daß auch nach Friedensschluß mit Rußland die Nachfrage nach Ware das Angebot erheblich übersteigen werde, da Stoffvorräte nirgends in erheblichen Mengen vorhanden seien. Am stärksten war der Preissturz in der Pelzwarenbranche, für die Rußland vor dem Kriege der größte Lieferant war. Die Preise für Pelze stiegen im Kriege zu schrecklicher Höhe, und jetzt stürzten die Händler, daß das ganze Gebäude dieses Kriegswuchers zusammenstürzte. Wie die „Nachzeitung für Schneider“ mitteilt, wird von dieser Händlerklasse bereits angefragt, die Reichsregierung möge Vorkehrungen treffen, daß bei der Ubergangswirtschaft die mit der Wiedereröffnung der Grenzen eintretende Ausgleichung der Marktlage durch Zuführen des Auslandes nicht eine Preisfatastrophe bewirkt. Das heißt, es soll ein Grenzschutz für die Kriegsgewinner geschaffen werden, damit sie ihre Kriegswucher erst noch zu den alten Wucherpreisen an den Mann bringen können. Ob die kleineren Händler und Gewerbetreibenden mit den zu teuren Waren dann aufpassen, ist natürlich Nebensache. Den letzteren heißen die Hunde!

34 000 Mk. an einem Pferd verdient. Es wird uns geschrieben: Der Pferdepreis in Schleswig-Holstein im Laufe der Kriegsjahre so enorm in die Höhe gegangen, daß auf den Märkten des Landes der vierfache Preis über den Friedenspreis gefordert und bezahlt wurde. Einen Verdienst aber, der als Rekord bezeichnet werden kann, erzielte der Hengstzüchter Kriffen in Wüblum auf der Insel Föhr. Er erlangte vor etwa zwei Jahren in Schleswig-Holstein den Hengst „Dorren“ für 6000 Mk. und verkaufte das Tier jetzt an eine schleswigische Pferdendüchtersgesellschaft für den Preis von 40 000 Mark. Der Besitzwechsel hat dem Züchter einen Verdienst von 34 000 Mk. gebracht.

Unterhaltung und Belehrung Russischer Winter.

(Aus einem Feldpostbriefe.)

Meine Lieben! Wie Ihr seht, sind wir wieder in unserem alten Baranowitsch! Das alte Jahr haben wir gut verbracht mit Glühwein (aber ohne Wasser!) und wunderbarem Feuerwerk. An der ganzen Front stiegen die Leuchtkugeln hoch in allen möglichen Farben, und eine Schierelei war das, im Frieden könnte es nicht ärger sein. Wir hatten noch einen sehr netten Weihnachtsbaum, der wurde am Silvesterabend noch mal angezündet (Kerzen haben wir ja!) Am 2. Januar wurden wir abgeholt. Nun weiß ich auch, was es heißt: Ein Winter in Rußland. Glaubt mir nicht, es wäre schön, weil nicht mehr geschossen wird. Am 2. Januar begann ein ganz toller Schneesturm. Und da marschieren wir ab, die eingewickelt. Wir glaubten, mit der Feldbahn bis zur Hauptbahn fahren zu können. Aber die Strecke war durch den Schneesturm zum größten Teile vollständig verweht. Heber 1 Meter hoch lag der Schnee an vielen Stellen. Natürlich konnte da die Kleinbahn nicht mehr fahren. So entschlossen wir uns, zu marschieren. Diesen Marsch werde ich nie vergessen; so ungefähr kann ich mir jetzt ein Bild machen von Napoleons Rückzug aus Rußland. Um 3 Uhr marschieren wir ab. Der Schnee schnitt einem ins Gesicht wie Nadeln. Die Augenbrauen waren ganz gefroren und mit einem Eisklumpen überzogen. Die Augenlider froren an den Lidern zu. Der Kopfschmerz froh am Kopfhaar fest, der Mantel überzogen von einer Eischicht. Und das Schrecklichste: Von einer StraÙe war nichts zu sehen, als nur die Stangen mit Baumwischen auf der Spitze, die die StraÙe beschilderten. Und wie mühsam ist dieses Marschieren durch den Schnee, der uns bald bis an die Knie reichte. Es wurde dazu immer dunkler. Nach zwei Stunden sahen wir endlich ein Dorf. Hier erzuhrten wir, daß wir uns verirrt hatten und wir noch 5 Stunden oder mehr bis zur Hauptbahn zu gehen hätten. Einige hundert Meter vom Dorf weg wurde der Schneesturm so stark, daß wir nicht mehr die nächste Baumwische am Wegrand erkennen konnten. Wir gingen zurück ins Dorf und übernachteten in der Kantine, wo ich

gangs mit leerem Wagen weiter und um 12 Uhr waren wir an der Hauptbahn. Ein schrecklicher Marsch, todmüde waren wir. Und jetzt sind wir wieder hier, schön geheilt haben wir und alles ist vergessen. —

Die Ermüdung als Krankheitsbedingung. Es ist eine altbekannte Tatsache, daß ermüdete Körper viel leichter einer Infektion erliegen, als ausgeruhte. Neuerdings bespricht an der Hand reich Erfahrungen Dozent Dr. Zendo Kollarietta, ein Pester Neurologe, in der „Medizinischen Klinik“ diese Frage. Er schildert einen Leichtgläubigen, der nach einer ohne Erlaubnis unternommenen Bergtour an Lungenerkrankung erkrankte und nach drei Tagen starb. Dieser Patient befand sich immer wohl, wenn er seine kleinen Spaziergänge in der Dauer von 15 Minuten unternommen hatte. Auch der Fall eines Rüdemarkfranken wird angeführt, den nach einem ermüdeten Marsch von drei Stunden das gleiche Schicksal ereilte. „Sehr oft kommt es vor“, führt Kollarietta aus, „daß von Arbeit überanstrengte, von Unglück und Kummer heimgeführte Menschen in bestem Lebensalter und scheinbar gutem Kräftezustand von einer Pneumonie dahingerafft werden. Die Bemerkung von Dsawald (Große Männer) über den Erschöpfungstod großer Männer, die nach ihren Entdeckungen an einem interkurrenten Leiden starben, ist eine treffliche Beobachtung, gilt aber auch auf die aufreibende Tätigkeit von vielen kleinen Männern. Die Fälle, wo ich eine Lungenerkrankung beobachtet habe, sind aber oder vielmehr noch bei chronisch ermüdeten, lange in großer Sorge oder Kummer lebenden Menschen gesehen habe, hatten im allgemeinen einen schlechten Ausgang auch da, wo die betreffenden Personen äußerlich nicht geschwächt ansahen. Die Ermüdung und Erregung bleiben nur Hilfsmomente. Viele werden ohne die Hilfsmomente gar nicht erkranken, aber oft entwickelt sich und schreitet das Leiden auch ohne sie weiter. Derjenige, der sich in seiner Lebensarbeit erschöpft, der von seinen Kräften zu viel verzehrt hat, geht, wenn er nicht beiseiten Ruhe nimmt, an der ersten ernsthaften Krankheit unmittelbar

plötzlich oder nach längerem oder kürzerem Siechtum zugrunde, und das ist oft eine Krankheit, für die er sonst gar nicht empfänglich gewesen wäre. ...

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

Orchi. Hoftheater. Die Erstaufführung von B. A. Rogars „Gärtnerin aus Liebe“ erfolgte in der Neubearbeitung von A. Rudolph, der sich, gleich wie seinerzeit bei der Neubesetzung der „Bade“, auch hierbei in erster Linie einer unbefangenen Kritik gegen die lebensvolle Mozartische Musik befleißigte und sie mit einer geschickt gebaueten, wirkungsvollen Handlung umgab. Daß es sich bei der Rudolphschen Bearbeitung nicht um ein musikhistorisches Experiment für einen engeren Kreis handelt, sondern um eine in der Tat „praktische“ Neuausgabe handelt, dafür zeugten die Freude, mit der ein festlich gestimmtes Haus das köstliche Werk entgegennahm und die ehrliche Begeisterung, mit der es in der Reihe der vortrefflichen Solisten Herrn Cortolezis durch zahllose Hervorrufe ausgezeichnete. Ein ausführlicher Bericht folgt nach. l. s. Hofoperndirektor Cortolezis fand an der Spitze des Karlsruher Hoforchesters am Samstag in Mannheim als Dirigent von Werken Mozarts und Haydns, sowie des köstlichen „Lajo“ eine herzliche Aufnahme. Bei dem nach vielen Stunden von Besuchern zahlenden Auditorium, das auf Einladung des Mannheimer „philharmonischen Vereins“ den vorigen Jahresabend dicht besetzt hielt, weckte namentlich die erguiffene Wiedergabe eines konzertanten Quartetts von Mozart und der köstlichen finsternen Dichtung Wiberlang. Die Dirigentenleistung des Herrn Cortolezis ist nach dem künstlerischen Gelingen dieses Gastspiels um so höher einzuschätzen, als das zurzeit übermäßig reduzierte Hoforchester nach durch etwa ein Duzend auswärtiger Musiker verstärkt werden mußte. Solist des dankenswerten Abends war der ungarische Sello-Wirtsoje Böldes, ein wirklich virtuoser Epistat. l. s.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 29. Januar.

Trohende Gemütsnot.

Während wir uns über die vielerlei Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten unserer Nahrungsmittelversorgung unterhalten...

Zur Rate Rübenjamen betrug 1915/16 der höchstbezahlte Preis pro Pfund 2 M., im vorigen Jahre 3,80 M. jetzt 12 M., Enddosen stieg von 9 auf 30, jetzt 39 M. Weißkraut von 7 auf 14, jetzt 112 M. Blaukraut von 6 auf 25, jetzt 135 M. Wirsing von 4,40 auf 14, jetzt 38 M. Blumenkohl kostete vor zwei Jahren 12 bis 100, voriges Jahr 45 bis 175 M., heuer 480 bis 650 M. Kohlrabi in den beiden letzten Jahren 3,50 bis 22 und 39 M. jetzt 65 M. Gelbe Rüben 10 und 20, jetzt 46 M. Porree 6 und 30, jetzt 50 M. Salat 10 und 26, jetzt 30 M. Sellerie 11 und 17, jetzt 46 M. Zwiebeln 10 und 32 M. jetzt 55 M.

Diese wenigen Zahlen zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, wohin wir steuern. Wenn nicht eingegriffen wird, so werden wir im Sommer unter einem sehr gefährlichen Gemütemangel und unter unerträglichen Gemütspreisen leiden müssen.

Unsere Kriegswirtschaftskämmerer in Berlin, die sich redlich bemühen, Not und Hunger durch eine Massenproduktion von Verordnungen aus der Welt zu schaffen, in deren Durchführung sie sich zuletzt selbst nicht mehr zurechtfinden, haben uns im vorigen Jahre eine wunderliche Organisation für die Versorgung mit Gemüse und Obst beschert, an der alles trefflich stimmte, bis auf das Tipfelchen über dem i. Wenn diese wunderliche Organisation ihre Hauptwirkung zunächst dahin äußerte, daß Gemüse und Obst sich alsbald unbekannt wohin verflüchteten, so tat dies der Genialität der Organisation keinen Eintrag, die Hauptsache war, daß auf dem Papier alles herrlich klappte. Bei dem ganzen Organisierten hat man völlig darauf vergessen, auch der Produktion ein Augenmerk zuzuwenden und vor allem dafür zu sorgen, daß Sämereien in ausreichenden Mengen und zu angemessenen Preisen vorhanden sind. Wenn die Verhältnisse einigermaßen nachgeholt werden sollen, ist nicht mehr viel Zeit zu verlieren. Binnen kurzem beginnt die Gemüseausaat, es muß also sofort gehandelt werden, wenn man nicht zu spät kommen will.

Krankenkassentagung.

Die in den Tageszeitungen bereits angekündigte Versammlung der freien Vereinigung badischer Krankenkassen (Vorort Karlsruhe) fand am Sonntag, 27. Jan., mittags 12 Uhr beginnend, im „Friedrichshof“ in Karlsruhe statt und es führten die unter dem Vorsitz des Stadtd. Hof-Karlsruhe geführten stündigen Verhandlungen zu folgendem Ergebnisse:

In der kassenärztlichen Frage wurde eine Entschliessung einstimmig angenommen, in der gesagt ist, daß ein Bedürfnis zur allgemeinen Bewilligung von Feuerungszulagen an die Kassenärzte nicht anerkannt werden könne, daß es aber den Krankenkassen nach vorheriger Verständigung mit dem Vorort in einzelnen überlassen bleiben müsse, in Ausnahmefällen nach besonderer Nachprüfung der einschlägigen Verhältnisse des betreffenden Arztbezirks einen Feuerungszulag zuzulassen, namentlich als Ersatz der in ländlichen Bezirken erhöhten Ausgaben für Fuhrkosten usw. Die Kassenvertreter wünschen, daß auch ferner das Verhältnis zwischen Ärzten und Krankenkassen im Großherzogtum Baden wie bisher einen friedlichen Charakter beibehalten möge.

Dankagung.

Frau Hedwig Hummel hat mir die Summe von 3000 M. überreicht, welche zum Andenken an ihren verstorbenen Gemahl zur Unterstützung bedürftiger Familien verwendet werden soll. Für diese reiche Spende spreche ich Namens der Bedachten herzlichen Dank aus.

Karlsruhe, den 27. Januar 1918.

Der Oberbürgermeister.

Obstwein.

Wir beabsichtigen, an die hiesige Bevölkerung Obstwein abzugeben. Der Preis beträgt 90 Pfa. für das Liter ab Faß, die Besteuerung geht zu Lasten des Käufers. Es werden bis zu 100 Liter an eine Haushaltung verabfolgt.

Die Anmeldung zum Bezug hat schriftlich bei der unterzeichneten Stelle zu geschehen. Mündliche Anmeldungen werden nicht angenommen.

Auf Grund der Anmeldung stellen wir den Bestellern eine Anweisung zu, gegen welche der Obstwein verabfolgt wird. Die Ausgabe geschieht bis auf weiteres bei der Firma B. Finkelschein, Finkelscheinstr. 10.

Die Abgabe des Obstweins erfolgt, soweit der Vorrat reicht, einen Anspruch auf Lieferung gewähren die ausgegebenen Anweisungen nicht. Es liegt deshalb im Interesse der Besteller, auf die ausgestellten Anweisungen den Obstwein sofort zu holen.

Karlsruhe, den 28. Januar 1918.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Brennholzabgabe.

Im alten städt. Gaswerk, Kaiserallee 11, wird bis auf weiteres an Bestellen von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags

Forlen- und Tannen-Brennholz

geord. gefallen, zum Preise von M. 5,60 für den Zentner ab Lagerplatz, in Rostmengen von 1 bis 2 Zentnern an die hiesigen Einwohner abgegeben.

Die Zufuhr des Holzes kann nicht übernommen werden.

Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Amt.

In der Angelegenheit der kassenärztlichen Gebühren und der Steigerung des Preises der Rohmaterialien für künstlichen Zahnstein wurde beschlossen, die Anträge der beruflichen Zahnärzte und Zahnärztinnen entgegenzunehmen und alsdann mit der Landesversicherungsanstalt Baden ins Benehmen zu treten, um die Gebühren neu festzusetzen und die darnach anteiligen Beiträge der Invalidenversicherung und der Krankenversicherung zu berechnen. Die Honorarfrage der Behandlungsstellen soll sich auch ferner nach den besonders erlassenen Grundgesetzen richten, wie solche die Landesversammlung in Schopfheim im Jahre 1913 angenommen hat und zu deren Verringerung während der Kriegszeit eine Veranlassung als nicht gegeben erachtet wird.

An die Zweite Kammer der badischen Landstände wurden Petitionen eingereicht über den Arzneibezug der Krankenkassen in der Richtung der Erweiterung der badischen Handverkaufsstellen und außerdem über die Verbesserung des Fürsorgegesetzes für Körperlichschwache. Den bezüglichlichen Anträgen wurde zugestimmt und noch persönliche Anhörung mit den Fraktionsvorständen gewünscht, um den gewünschten Erfolg herbeizuführen.

Bezüglich der Ausgestaltung der Krankenversicherung nach der Bundesratsverordnung vom 22. November 1917 wurden den Verhandlungen bereits die Beschlüsse des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen vom 6. Dezember 1917 übermittelt. Ueber den Vollzug entspann sich eine eingehende Erörterung und wird man sich allenfalls bemühen, die bestehende Unterbrechung durch Schaffung der jetzt zulässigen höheren Lohnklassen zu beseitigen und gleichzeitig dadurch die Stärkung der geldlichen Leistungsfähigkeit der Klassen herbeizuführen.

Daneben zusammen hängt auch die Nachprüfung der Ortslöcher und die Neufestsetzung des Wertes der Sachbezüge und es ist den Klassen dringend anzuraten, sich diesbezüglich mit geeigneten Anträgen an die Versicherungsbehörden zu wenden, wegen der Ortslöcher an das Oberversicherungsamt und wegen der Sachbezüge an das Versicherungsamt.

„Grundlagen der Ernährungspolitik Deutschlands“, lautet das Thema, über welches Dr. Wohlmannketter, Berlin, Referent im Kriegsernährungsamt, in einer vom Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen veranstalteten öffentlichen Versammlung am Mittwoch, 30. Januar, abends 8 Uhr im großen Rathausaal hier sprechen wird. Bei dem großen Interesse, das gerade die Ernährungsfragen während des Krieges in allen Bevölkerungsschichten gewonnen haben, ist ein guter Besuch der Versammlung zu erwarten. Der Vortrag wird Gelegenheit bieten, sich über die Grundlagen unserer ganzen Ernährungswirtschaft zu unterrichten, auch wird er zum Verständnis mancher Verordnung beitragen. Der Besuch kann nur empfohlen werden.

Eisenbahnerversammlung. Vorgestern nachmittag fand im Auerhahnhal 15. Generalversammlung der Verwaltungsstelle Karlsruhe I vom Verband des Deutschen Verkehrs-Personals statt. Der Besuch war überaus groß. Der Vorsitzende Kollege Schneider ergriff zunächst die gefallenen und verstorbenen Kollegen. Als gefallen sind bis jetzt 32 Kollegen gemeldet, eine weitere Anzahl als demnächst. Hierauf erstattete derselbe den Jahresbericht in 14 stündigen Ausführungen. Der allgemeine Wunsch nach Frieden wurde nicht erfüllt. Die Kriegswirungen, besonders die prekaristischen Preissteigerungen, waren für die Eisenbahner aller Kategorien infolge nicht gleicher Steigerung der Löhne und Gehälter, besonders mißlich. Die Organisationsleitung hatte durch umfangreiche Tätigkeit betreffs der Verringerung der Löhne, Gehälter, wie Ernährungsverhältnisse, bessere Bezahlung für Nebenarbeiten usw. schöne Erfolge erzielt. Die immer weiter wachsenden Preistreiber machen jedoch diese Erfolge illusorisch. Mit Spannung erwarten die Eisenbahner, daß der Landtag wie die Regierung die in der Petition niedergelegten Forderungen genehmigen. Die gewaltige Mehrarbeit des gesamten Eisenbahnerpersonals sei in vollem Interesse der Allgemeinheit gelegen. Die Schlusssatzungen ergingen in einem ernsten Appell zur Einigkeit der Eisenbahner in Stadt und Land, um den kommenden Aufgaben gegenüber gewappnet zu sein. (Lebhafter Beifall.) Der Kassierer Kollege Meher gab alsdann ein detailliertes Bild der Kassenverhältnisse. Die Mitgliederzunahme betrug 46. Unterstützungen und Sterbegelder wurden rund 5000 Mark ausbezahlt. An Kriegsunterstützungen wurden insgesamt

25 000 M. allein von der Landesverwaltung verausgabt. Keine Angabe erstattete den Bibliotheksdirektor. Da der tatsächlichen Ausprägung wurde die Verhandlungsvollmacht unterschrieben. Es wurde beantragt, daß die Regierung und der Reichstag mit der notwendigen Beschleunigung der Arbeiter lange auf die warten lassen. Die Organisation müsse hier energischer eingreifen. Die Forderungen betr. Regelung der Zeitverhältnisse sollten endlich einmal in die Tat umgesetzt werden. Die enormen Ansprüche an die Arbeitskräfte werden den Gesundheitszustand der Arbeiter weiter verschlimmern. Eine Entschliessung, die besagt, daß die Eisenbahner am Bande des Durchfallens angelangt sind und eine entsprechende Vorsehung zum Landtag also bald erwartet wird, gelangte zur einstimmigen Annahme. Einige Anträge betrafen das Defizit der Betriebskrankenkasse sowie innere Verhandlungsangelegenheiten. Die Kreisversammlungen vollzogen sich nach den alten Funktionen wurden mit einigen Ergänzungen wieder gewählt. In einer kurzen Resümee bedachte am Schluß Kollege Schneider nochmals die Verhältnisse, sowie der Aufgaben der Zukunft, welche ein geschlossenes Verkehrspersonal bedingen.

Letzte Nachrichten.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 28. Jan., abends. (Anschl.) Zwischen Afrika und der Presse sind mit italienischen Angriffen beständige Kämpfe entbrannt. Von den anderen Kriegsplanungen nichts Neues.

Fliegerangriff auf italienische Städte.

Berlin, 29. Jan. Eine Depesche des „Berliner Lokal-Anzeigers“ aus Lugano besagt: Bei dem österreichischen Fliegerangriff wurden nach dem „Corriere della Sera“ in Mestre 3 Hospitäler getroffen, aber niemand getötet. Der Fliegerangriff begann am Samstag abend und wiederholte sich während der ganzen Nacht bis Sonntag morgen bei Sonnenaufgang. Der Sachschaden in Treviso und in Costel Franco ist außerordentlich groß. In Treviso wurden 15 Personen getötet und viele verwundet. Viel größer sei die Zahl der Opfer in Mestre.

Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland.

Berlin, 28. Jan. In der letzten Zeit sind in der amerikanischen Presse Nachrichten über die angeblich harte Behandlung der amerikanischen Kriegsgefangenen in Deutschland verbreitet worden, die jeder tatsächlichen Grundlage entbehren und die offensichtlich den Zweck verfolgen, den Haß des amerikanischen Volkes gegen Deutschland zu schüren.

Das Auswärtige Amt hat die hiesige schweizerische Gesandtschaft gebeten, durch Vermittlung der schweizerischen Gesandtschaft in Washington, der amerikanischen Regierung telegraphisch mitzuteilen, daß den amerikanischen ebenso wie allen anderen in deutscher Gewalt befindlichen Kriegsgefangenen eine durchaus menschliche Behandlung zuteil werde.

Die Petersburger Regierung bricht mit Rumänien.

Petersburg, 28. Jan. Nach einem Petersburger Funkspruch hat die Petersburger Regierung alle diplomatischen Beziehungen zu Rumänien abgebrochen. Die rumänische Gesandtschaft wird auf dem kürzesten Wege ins Ausland abgeschoben. Der russische Rumänien, der in Mostau liegt, wird als unantastbar für die rumänische Oligarchie erklärt. Die Räteregierung übernimmt für die Aushebung dieses Goldes und für seine Verabgabe an die rumänische Volk die Verantwortung. General Tschersakoff wird als außerfällig des Befehles stehend erklärt.

Briefkasten der Redaktion.

Herr A. B. im Felde. Werden Sie sich an uns, falls Sie wieder in Stellung gehen müssen. Wir werden dann das Weiterveranlassen.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Raddi für den Inseratenteil Oskar Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Öffentliche Versammlung.

Mittwoch, den 30. Januar, abends 8 Uhr, im großen Rathausaal

Vortrag

des Herrn Dr. Wohlmannketter, Berlin, Referent im Kriegsernährungsamt, über

„Grundlagen der Ernährungspolitik Deutschlands.“

Eintritt frei.

Karten für einige vorbehaltene Plätze zu 1 M. sind am Saaleingang erhältlich. 2400

Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen

Bezirksausschuß Karlsruhe (Baden).

Für unsere Marmeladefabrik suchen wir zum sofortigen Eintritt

jüngere Burschen

und

Mädchen.

Arbeitsbuch und Leitungsliste mitbringen.

Gesellschaft Sinner

in Karlsruhe-Grünwinkel.

Tüchtige Stenotypistinnen

für Kanzleien und Privatgeschäfte werden für sofort und später gesucht.

Städt. Arbeitsamt

Städt. Arbeitsamt

Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe

Zähringerstr. 100, 2. Stock.

Gesucht werden:

Köchinnen für Privat

Mädchen für alles

Mädchen zum Anlernen sowie

Stundenfrauen für häusliche Arbeiten

für sofort oder später. 2187

Städt. Arbeitsamt

Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe

Zähringerstr. 100, 2. Stock

Rasier-Klingen

werden haarlos geschliffen.

Stück 10 Pfg. 1959

Kaiserstr. 18, Baden.

Ausgekämmte Frauenhaare

kaufen

Oskar Decker, Haarhandlung

Kaiserstr. 32.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Heaufgebot, Anton Baumann von Odenheim, Steinhauer

hier, mit Katharina Burkhardt, geb. Mohr, von Gaitersbach.

Gehilfen. Max Feig von Grafenhausen, Wachtmeister

hier mit Elisabeth Frank von Alfeld; Oskar Kunz von hier, Hilfs-

beamter hier mit Maria Feen von Rüd; Wilhelm Rogolowski von

Rüd, Versicherungsbeamter hier mit Anna Maria Nün von hier;

Robert Heit von Karlsruhe-Grünwinkel, Wädel, in Karlsruhe-

Grünwinkel, mit Gertrude Debe von hier; Friedrich Nießner von

Fürch, Auserfisch, Metzger in Stuttgart, mit Anna Lupp von

Erlingen.

Geburten. Gustav Bufe, S. Gerhard, Stäble, Schmiedem-

August Walter, S. Richard Vogel, Maler, Karl, S. Karl Schum-

Schlosser, Robert Wilhelm, S. Richard, Lehr, Metzger, Arthur

Partial text from the right edge of the page, including 'No', 'Der Be', 'einer kurze', 'auch gelogt', 'unter der', 'seine Aufsa', 'ist, vor alle', 'gen Friede', 'Friederich', 'der Regieru', 'gegründet', 'Gestern des', 'In der', 'Bund au', 'aments ge', 'sein Wiener', 'ausdrückes', 'freut haben', 'ständen nüd', 'Alldeutsche', 'stützen. Ge', 'sondern nur', 'Führung des', 'Verteilung', 'die', 'Ganzes war', 'hieß, die de', 'Salbes.', 'Herr vo', 'Königs sei', 'finden und', 'Günstig sin', 'Parteien de', 'hauptein, di', 'festhalten', 'sondern sie', 'an hohe W', 'sitten. Die', 'gen, es wer', 'handlungen', 'begreiften', 'in Deutschl', 'Temperatur', 'schmer gebei', 'So erklä', 'ies, die der', 'nen Flug', 'deutsches F', 'und die Zer', 'denarten z', 'Verbreitung', 'flughalt si', 'hige gefunde', 'gerade genu', 'irgendwelche', 'gerichtetem', 'man durch', 'bericksicht', 'A', 'mit A e ch', 'Berichtmet', 'eter einfan', 'der große A', 'geführt wer', 'und Umficht', 'werden, das', 'dem Zweck', 'Siel.', 'Vergeben', 'Volkswirtsch', 'gang andere', 'möglich, daß', 'gewiesen sind', 'natürlich nid', 'Waffenwille', 'sich für eine', 'von dieser A', 'Ein polit', 'gelingen, we', 'erlaubt und i', 'ten Sympat', 'Voransichtu', 'tern verurte', 'brennen, sich', 'auf immer d', 'haupt nicht.', 'Die Gro', 'Herr von A', 'an der hollä', 'Schicksal', 'tenden föm', 'gewähltes V', 'das gebi in-